

EIGENSCHULUNG – BILDUNG VOR ORT



Veröffentlicht am 14. April 2007

Tags: [Beschlüsse](#), [Bildung](#), [Schule](#), [vor Ort](#)

Beschluss des Landesparteitages

Bildung ist das zentrale Bürgerrecht, das die Lebensqualität der Menschen entscheidend bestimmt. Erziehung, Bildung und Weiterbildung der Menschen zählen zu unseren vorrangigen Aufgaben. Die Bildung ist der wichtigste Rohstoff der Gesellschaft. Die Zukunft Sachsens liegt auf dem Weg in die Wissensgesellschaft ist wirtschaftlich, kulturell und sozial entscheidend davon abhängig, ob es gelingt, unser Bildungssystem an die sich verändernden europäischen und globalen Wettbewerbsbedingungen anzupassen.

Das Schulsystem ist reformbedürftig

- Rund 20 Prozent der Schüler verlassen jedes Jahr die Schule, ohne in hinreichendem Maße für die Berufsausbildung vorbereitet zu sein.
- Die Schulen können die Anforderungen nicht mehr überall umfänglich erfüllen. Die Anzahl der Schüler pro Klasse gibt Anlass zur Besorgnis.
- Der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Eine allgemeine Feststellung haben wir in Sachsen-Anhalt: Die Zahl von über 50% der Schüler von der Grundschule

- Viele Aufgaben unserer neu entstandenen Situation überfordert. Sozialpädagogisch und psychologisch geschultes Personal ist in den Schulen nicht in ausreichender Größe beschäftigt.
- Die Durchlässigkeit wird nur zu geringem Maße durch die Schüler, Eltern und Lehrer in zu geringem Maße gefördert. Es droht dadurch allen Schulformen eine Verschlechterung der Qualität mit weit reichenden Auswirkungen auf die Studierfähigkeit und der Berufsausbildung.
- Als Antwort auf Nachfrage haben sich freie Schulen trotz eines schwierigen finanziellen Umfelds gepflegen intensive Kooperation mit den Schülern und Eltern.
- In der Schulnetzplanung konkurrieren die Kommunen als Schul- und Planungsträger mit dem Kultusministerium. Es besteht die Gefahr der Ausnahmegewährung oder -versagung. Schulen können Eingangsklassen öffnen oder schließen kann.
- Sachsen-Anhalt ist von einer demografischen Entwicklung betroffen, die keine Parallele in der Neuzeit hat. Mit dem Geburtsjahrgang 1991 ist die Zahl der Kinder halbiert. Des weiteren weisen einige Regionen eine sehr geringe Bevölkerungsdichte auf.
- Binnen 5 bis 10 Jahren werden große Teile der Bevölkerung in den Ruhestand gehen. Bis dahin gibt es keinen Nachwuchskorridor um den Bedarf an jungen Lehrern zu decken.
- Schulleiter haben derzeit häufig keine Mitsprachemöglichkeit bei der Zusammensetzung der Lehrerschaft.
- Jährlich wechseln über 1000 Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt ihren Arbeitsort, wobei die Einsatzkriterien nicht transparent sind. Betroffene noch von den Schulen verstanden.

Die Ursachen sind:

- Das Schulsystem ist überreguliert, überreguliert und unnötige staatliche Eingriffe.
- Die Mitsprachemöglichkeit beim Lehrereinsatz sowie die Transparenz der Verfahren. Für Lehrende und gibt es zu wenig Leistungsanreize. Die Schulverwaltung ist noch zu wenig praxisorientiert und berücksichtigt

- die ... kaum.
- Die Unterrichtsmethoden bedürfen dringend der Modernisierung.

Vieles ist zur Verbesserung der Situation zu tun. Um Freiräume für die Schulen zu schaffen, müssen Maßnahmen durch die Politik, Ministerien, Landesverwaltungsamt sowie die Kommunen finanziert werden. Die Ergebnisse der internationalen Vergleiche zeigen, dass zwei Schulsysteme erfolgreich sind. Zum einen die kleine, ländliche Schule der Bildung bis zum Drill in den asiatischen Ländern, zum anderen die vernetzte Schule mit intensivem Eltern und Schüler-Kontakt.

Die FDP fordert die Entscheidung für Bildung

Idealkonzept der Liberalen ist die selbständige Schule mit der Hoheit des Schulleiters oder eines Leistungsgremiums über Personal und Finanzen. Unter Würdigung der realen Verhältnisse in Deutschland muss die Entscheidung bezüglich des Personals im öffentlichen Dienst mit unüberwindlichen Grenzen zu rechnen.

- **selbstbestimmte Schule in Trägerschaft der Kommunen oder der Trägerschaft**

Die liberale Alternative ist eine selbstbestimmte Trägerschaft der Kommune, so dass die möglichst optimale Schullebene angestrebt wird. Damit soll es den Landkreisen ermöglicht werden, Schulkonzepte auf die jeweiligen Bedürfnisse zuzuschneiden und/oder inhaltliche Schwerpunkte zu setzen. Es sollen sich kleinste Grundschulen in Regionen bilden, wenn der zuständige Landkreis lange Schulwegfahrten, erachtet. Öffentliche Schulen mit anderen Konzeptionen können endlich mit freien Schulen konkurrieren.

Auf der Gesamtschulplanes wird alle zwei Klassenstufen der Grad der Einheitlich evaluiert.

Damit der Lehrer bei einer bürgernahen Ebene bringt die Qualität der Schule und erlaubt Verbesserungen.

Öffentliche Verwendung der Haushaltsmittel.

die Schulen ein Budget, sie sind frei in der Verwendung der Mittel. Jede Schule trifft Vereinbarungen über zu erteilende Wochenstunden von Mindeststandards einzuhalten. Es gibt keine Deckelung nach der Klassengrößen nach unten. Diese Festlegung erfolgt nach pädagogischen und regionalen Gesichtspunkten.

- **eigene Personalverantwortung**

Die Schulen haben durch ihr individuelles soziales und pädagogisches Profil, ihr soziales Umfeld und die Zusammensetzung der Schülerschaft jeweils einen individuellen Personalbedarf im pädagogischen und organisatorischen Bereich. Deshalb haben Schulen das Recht, Personaleinstellungen und -veränderungen vorzunehmen. Lehrer im öffentlichen Dienst werden Angestellte der öffentlichen Verwaltung. Die Einstellung junger Lehrer muss sofort beendet werden, um einen Personalübergang zu ermöglichen und den Landräten Bedarfskündigungen zu gestatten.

- **Anwendung des Leistungsprinzips bei der Entlohnung**

Vielen Lehrern fühlen ihre Leistung nicht anerkannt. Ihr Engagement nicht honoriert wird. Überdurchschnittliche Leistung und überdurchschnittliche Fähigkeiten müssen honoriert werden. Das bedingt, die Vergütung an die Leistung der Lehrer zu koppeln.

- **eigene Gestaltung der Stundenanzahl**

Je nach individuellem Schwerpunkt und Interessenlage der Schülerschaft kann jede Schule eine bestimmte Anzahl von zu unterrichtenden Stunden festlegen. Sie entscheiden, welche Fächer in welcher Stundenanzahl unterrichtet werden sollen.

- **eigenverantwortliche Förderung von Hochbegabten, z.B. für Förderunterricht**

Jede Schule hat eine Zusammensetzung von begabte Schüler, die unterschiedliche Bedürfnisse hat. Es muss jeder Schule überlassen sein, ob, in welchem Umfang und für welche Fächergruppen Förderunterricht zur Verfügung gestellt wird.

Zusammenfassend fordert die FDP:

- die Überprüfung der Einhaltung nationaler Bildungsstandards. Lehrinhalte werden gesetzlich festgelegt und durch zweijährliche Prüfungen kontrolliert. Diese Standards sollen keine Lernzielkataloge sein, sondern die jeweils zu erwartenden objektiv messbaren und nachweisbaren Kompetenzen festlegen. Nur so sind bei größtmöglicher Transparenz, die Transparenz und die Mobilität für Eltern und Schüler zu gewährleisten.
- den Umbau der Schulaufsicht zur Schulinspektionsanstalt. Die Schulen müssen Hilfestellung erhalten, wenn sie bei der Evaluierung festgestellte Mängel beheben bzw. lösen wollen.

Zur Finanzierung der Schulen fordert die FDP:

- Um den Landkreisen die Übernahme der Lasten der Schulaufsicht zu ermöglichen, bedarf es der Entwicklung eines Finanzierungsmodells, welches langfristige Einnahmen zusichert. Dabei sind kurzfristige personenscharfe Zuweisungen für jeden Schulträger, sondern um langfristige frei einsetzbare Mittel geknüpft.
- die Schulen sollen gesetzlich geregelte Pro-Kopf-Zuschüsse erhalten, die sie für ihren Schulbetrieb frei verfügen können.
- darüber hinaus soll es Zuschüsse für Schulen geben, die besonderen, erschwerenden Faktoren, wie einem ungünstigen sozioökonomischen Umfeld oder einer hohen Zahl an Kindern mit besonderen Bedürfnissen ausgesetzt sind. Diese Zuschüsse sind nach öffentlich zugänglichen, nachprüfbaren Maßstäben anzusetzen.